

18.09.1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/177

Bonn, den 18. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	<u>Sozialisten in der Verantwortung</u> Interview mit dem Vizekanzler der Republik Österreich Dr. Bruno Pittermann	58
4	<u>Die schwere Aufgabe des Bundesaußenministers</u> Eine Gratwanderung ?	47
4a	<u>Die Welt blickt auf New York</u> Zur 18. Weltversammlung der Vereinten Nationen	47
5 - 6	<u>Reise in Amerika (V)</u> Wer wird Präsident ? Von Fritz Sönger, MdB	69

\*\*\*\*\* ZUR BLAUFUNG \*\*\*\*\*

Fremdente CDU-Mitglieder haben einen "unabhängigen und überparteilichen" Verein gegründet, der sich der deutsch-französischen Jugendfreundschaft widmen will. Hierüber schreibt Waldemar R i t t e r, Referent für Jugendpolitische Fragen beim Parteivorstand der SPD, in der DOMESTAG-Ausgabe unseres Pressedienstes:

Die deutsch-französische Freundschaft  
ist kein parteipolitisches Geschäft

\*\*\*\*\*

Shfredakteur Günter Markscheffel

## Sozialisten in der Verantwortung

Interview mit dem Vizekanzler der Republik Österreich,

Dr. Bruno Pittermann

Frage: Herr Vizekanzler Pittermann, auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Amsterdam, an dem Sie auch als Delegierter der Sozialistischen Partei Österreichs teilgenommen haben, sind zahlreiche Probleme diskutiert und Entschliessungen gefasst worden, deren Bedeutung für Parteien in der Regierung ihres Landes oder in der Opposition vielleicht unterschiedlich bewertet wird. Da man gelegentlich hört, Sozialdemokraten in einer Regierung verhielten sich anders als in der Opposition, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns sagen würden, wie Sie als Mitglied einer Koalitionsregierung diese angeblich unterschiedlichen Auffassungen bewältigen?

Antwort: Als sozialistisches Mitglied einer Regierung, und ich teile diese Meinung selbstverständlich mit allen Sozialdemokraten in der österreichischen Bundesregierung, sehe ich es als meine Pflicht an sozialistische Grundsätze in der Politik, in der Wirtschaft und im Kulturleben durchzusetzen. Das heißt in der Demokratie natürlich in dem Maße, in dem uns auf Grund der vorangegangenen Wahlen das Volk dazu ermächtigt hat.

- \* Wir haben derzeit in Österreich 44 Prozent der Wähler hinter uns. Selbst wenn es uns gelingen würde, einmal die absolute Mehrheit in Österreich zu gewinnen, würden wir uns als einen Auftrag auffassen, die Gedanken und Grundsätze des anderen Bevölkerungsteiles nicht zu mißachten. Das Durchsetzen sozialistischer Grundsätze in der Politik bedeutet unter anderem auch Rücksichtnahme auf berechnete Interessen anderer denkender Gruppen der Bevölkerung.
- \* In diesen Rahmen fühlen wir uns auch als Regierungsmitglieder verpflichtet, diese Politik zu führen, zu der uns der Wille unserer Wähler und unser Programm den Auftrag geben.

Frage: Auf dem Kongreß in Amsterdam wurde unter anderem auch eine Entschliessung zur Abrüstungsfrage gefasst. Diese Entschliessung enthält einen Passus, der besagt, daß die Parteien des demokratischen Sozialismus auch die Haltung derjenigen Staaten begreifen, die keinem der großen militärischen Bündnisse angeschlossen sind. Indirekt ist damit natürlich auch Österreich angesprochen. Sagen Sie uns bitte, Herr Vizekanzler, wie Sie speziell diese Frage im Rahmen Ihrer Tätigkeit als Mitglied einer Koalitionsregierung bewerten?

Antwort: Hier ein Wort zur Klarstellung. Es entspricht dem Grundsatz der österreichischen Politik, zu dem sich auch die Christdemokraten bekennen - nicht die Kommunisten, vielleicht auch nicht extreme Nationalisten - daß die Neutralität dem Staat bindet, aber nicht der Staatsbürger. Das heißt, wir können als Sozialisten den Grundsatz der Abrüstung auch in einem neutralen Staat vertreten. Das ist allerdings ein Grundsatz, bei dem wir uns einig wissen mit der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes. Wenn die Republik Österreich

bisher in den Abrüstungskonferenzen keine Position in der ersten Linie bezogen hat, dann deswegen, weil wir der Auffassung sind, daß die Regierung und die Delegierten, zum Beispiel des neutralen Schweden, in der Kommission in Genf durchaus die gleichen Grundätze vertreten und daher für die europäischen Neutralen gemeinsam sprechen können. Ich muß das mit der Einschränkung sagen, daß ich nicht ermächtigt bin, Grundsatzserklärungen etwa namens der Schweizer Biegemenschenheit abzugeben.

Frage: In Amsterdam ist auch intensiv über die Probleme diskutiert worden, die sich aus der Automation, der verstärkten Technisierung, überhaupt aus den Zukunftsaufgaben jeder Industrialisation gesellschaftlich ergeben. Man hat gefordert, die Parteien des demokratischen Sozialismus müßten schon heute die Politik des Jahres 1975 ansteuern. Wie sehen Sie in Ihrer praktischen politischen Tätigkeit als Regierungsmitglied diese Probleme?

Antwort: Es ist durchaus richtig, daß sozialistische Parteien bestrebt sind, die ökonomischen Grundlagen dafür zu sichern, daß im Rahmen nationaler oder übernationaler Wirtschaftsgebiete die Existenz der arbeitenden Menschen gesichert ist; das ist die wichtigste Voraussetzung für die Behauptung der persönlichen und politischen Freiheit. Aber die Aufgabe der sozialistischen Parteien darf sich nicht erschöpfen in der bloßen Mechanik der Vergrößerung des Wirtschaftspotentials von nationalen oder übernationalen Wirtschaftsgemeinschaften. Wir als Sozialisten haben die Pflicht, auch in einer Gesellschaft des Wohlstandes oder gar der Konsumstättigung selbst gegen passiven oder direkter Widerstand, die Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, in die er gestellt ist, zu wecken und wachzuhalten. Wir stoßen dabei - ich glaube, das ist in allen Staaten so - auf den erbitterten Widerstand jener neoliberalen Wirtschaftskreise, die bisher in der Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik und ihrer Publizistik den Grundsatz stellen, für das, was mir gehört, bin ich verantwortlich, dafür habe ich zu sorgen, für das, was allen gehört, sollen die anderen sorgen. Eine solche Trennung zwischen dem menschlich verständlichen Egoismus und der Verpflichtung zur Gemeinschaft widerspricht den Grundsätzen des Sozialismus. Wir haben uns in unserem Parteiprogramm besonders mit dieser Frage beschäftigt.

- \* Im gleichen Tempo, in dem wir durch die Entwicklung der
- \* Wirtschaft und der Sozialpolitik dem Einzelnen die
- \* Sorge um die Behauptung seiner Existenz erleichtern, in
- \* dem gleichen Tempo müssen wir sein Verantwortungsbewußt
- \* sein gegenüber der Gesellschaft steigern. Würden wir nur
- \* ein mechanisches Prinzip der Wirtschaftsteigerung ver-
- \* folgen, dann würden wir vermutlich die Demokratie der
- \* nächsten Generation gefährden.

Nur aus der Verpflichtung zur Gemeinschaft ergibt sich auch die Teilnahme an den Einrichtungen der Gemeinschaft. Eine Demokratie, in der die Mehrheit der Bevölkerung den Einrichtungen der Gemeinschaft und der Verpflichtung für sie zu sorgen, teilnahmslos gegenübersteht, ist zum Absterben verurteilt.

Frage: Diese Definition der Aufgaben des demokratischen Sozialismus ist heute Allgemeingut der sozialdemokratischen Parteien. Sind Sie der Meinung, Herr Vizekanzler, daß diese zunächst im Rahmen einer Nation skizzierte Verpflichtung sich ebenfalls auf die internationalen Beziehungen, vor allem auch auf die Beziehungen der industriell hochentwickelten Staaten, insbesondere Europas und die weniger entwickelten und jetzt zu ihrer Souveränität gelangten Staaten in Afrika und Asien auswirken muß ?

Antwort: Das ist durchaus richtig. Gerade zur Entwicklung des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Gemeinschaft des eigenen Volkes gehört auch die Förderung der Erkenntnis, daß in der modernen Welt kein Volk auf die Dauer isoliert seinen wirtschaftlichen Vorsprung behaupten kann. Es ist vielleicht die vordringliche Aufgabe der Sozialistischen Internationale, sich dafür einzusetzen, daß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und eine diesem Prinzip entsprechende Kräfteverteilung, wie sie sich in manchen fortschrittlichen Staaten im nationalen Bereich weitgehend durchgesetzt hat, auch auf den internationalen Bereich übertragen wird. Ich muß allerdings vor einer Illusion warnen, nämlich der, daß man Entwicklungen, die auch in den Industriestaaten, in den heute sogenannten reichen Nationen eigentlich erst in den letzten 30 Jahren durchgesetzt wurden, und zwar gerade, weil man das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit bei der Güterverteilung kraft der modernen Arbeiterbewegung durchgesetzt hat, daß eine solche Entwicklung überall auf der Welt von heute auf morgen übertragen werden kann. Hier bestünde die Gefahr von besonderen Fehlinvestitionen.

Dann möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf etwas richten. Natürlich darf dabei auch der Kampf um die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit in den schon entwickelten Staaten nicht erlahmen. Gerade die moderne Gesellschaft, auch im Bereich der Arbeitnehmer, führt zu einer größeren Unterschiedlichkeit der sozialen Struktur.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es auch in hochentwickelten Industriestaaten, wenn auch erfreulicherweise nur einen kleinen Teil der Bevölkerung gibt, der ebenfalls am Rande des Wohlstandes lebt. Wir dürfen nicht übersehen, daß es auch in Europa sehr bedeutungsvolle Gebiete gibt, in denen das gleiche festgestellt wird, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. Das heißt also, wir müssen unsere Bestrebungen durch eine soziale Gerechtigkeit in der Güterverteilung ausdehnen auf die ganze Welt, aber dabei nicht vergessen, sie auch dort wirksam durchzusetzen, wo die Hilfe produziert werden muß, die der übrigen Welt zur Verfügung gestellt werden kann. Ich möchte einmal vereinfacht sagen: Die Verpflichtung zur Hilfeleistung für die Entwicklungsländer soll nicht belastet werden mit dem Leid der Zurückgebliebenen im eigenen Land.

## Die schwere Aufgabe des Bundesaußenministers Eine Gratwanderung ?

sp - Bundesaußenminister Dr. Schröder hat bei seinen Gesprächen mit dem französischen Außenminister in Paris keine allzu großen Schwierigkeiten gehabt, den Europa-Fahrplan wieder einigermaßen übersichtlich zu gestalten. Das ist eine gute Leistung, zu der man den Bundesaußenminister beglückwünschen kann.

Viel komplizierter dagegen sind jene Probleme, mit denen sich Dr. Schröder in New York am Rande der UNO-Tagung konfrontiert sehen wird und die ebenfalls Gesprächsthemen in Paris waren. Hier geht es um den Versuch der offiziellen Bonner Politik, sich nicht zwischen zwei Stühle zu setzen. Schröders Kollege Couve de Murville hat den Bundesaußenminister die kalte Schulter gezeigt, sobald man über die nächsten Entspannungsschritte zu sprechen begann, die alle Welt von Moskau und Washington erwartet. Als diese "nächsten Schritte" dürften wohl die auch in Genf auf der Sitzung des UNO-Unterausschusses für Abrüstung erörterten Pläne zur Einrichtung von Kontrollstationen in Ost und West zur Überwachung von Überraschungsangriffen sein. Zwischen Bonn und Paris herrscht Einmütigkeit darüber, daß solche Kontrollen nicht auf die beiden Teile Deutschlands beschränkt bleiben dürfen, da ein solches Verfahren keinen militärischen Wert hätte und außerdem auch eine Diskriminierung Deutschlands sein würde. Nachdem aber Bulgarien in Genf erklärt hat, es sei auch mit der Einrichtung von Kontrollstationen außerhalb Deutschlands einverstanden, erhebt sich die Frage, ob Moskau inzwischen nicht schon bestimmte Angebote bezüglich Polen und der Tschechoslowakei für die Einrichtung von Kontrollstationen dem amerikanischen Gesprächspartner unterbreitet hat. Dem Vernehmen nach ist dies der Fall.

Selbstverständlich haben die Ostblockstaaten aber auch ein Äquivalent für diese Bereitschaft verlangt. Sie fordern, daß auch der Westen einen Teil des westlichen Europas für die Einrichtung von Kontrollstationen zur Verfügung stellt. Nun wäre es für alle Beteiligten sicher rätselhaft, wenn außer der Bundesrepublik auch Belgien und die Niederlande bereit sein würden, auf diese Vorschläge einzugehen.

- \* De Gaulle jedoch hat durch den Mund seines Außenministers Herrn Schröder wissen lassen, daß die französische Souveränität eine solche
- \* Einmischung internationaler Organisationen nicht dulde. Die Folge
- \* dieser Klarstellung ist, daß weitere Verhandlungen über die Möglichkeit der Einrichtung von Kontrollstationen gegenstandslos zu werden
- \* werden, denn solche Stationen sind politisch und militärisch nur
- \* vertretbar, wenn sie den Charakter der völligen Gleichwertigkeit
- \* tragen.

Nun glauben wir zwar nicht, daß Herr Couve de Murville Herrn Schröder geboten hat, das französische Veto gegen die Einrichtung von Kontrollstationen auf französischem Boden in New York vorzutragen; dafür ist selbstverständlich der französische Botschafter in den USA zuständig. Aber sicher ist, daß man Herrn Schröder in New York fragen wird, wie das offizielle Bonn unter Berücksichtigung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages auf die französische Haltung zu reagieren gedenkt.

Der Bundesaußenminister steht tatsächlich vor einer schweren Aufgabe, die einer Gratwanderung gleicht.

## Die Welt blickt auf New York

### Zur 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen

Der - Die 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen wird, das vorauszusagen bedarf es keiner großen Prophetengabe, anders verlaufen, als ihre Vorgänger. Viele Jahre lang hat der Ost-Westkonflikt im Zentrum langer und fruchtloser Debatten gestanden. Der russische und der amerikanische Chefdelegierte lieferten sich gewaltige Pressendasschlächten, und ihr Hauptbestreben galt dem Bestehen, Sympathien und Freunde für die eigene Auffassung zu erwerben. Jeweils crechien der einen Seite die andere als der schlechthin Böse. Die Vereinten Nationen, mit ihren Sonderorganisationen das umfangreichste politische, wirtschaftliche und kulturelle Gebilde das es je gegeben hat, schienen in ihrer Existenz oft in Frage gestellt, es gab lebensgefährliche Erschütterungen. Doch die UNO zeigte sich von größerer Festigkeit als der machtlose Genfer Völkerbund in den Zwischenkriegsjahren; kein Mitgliedsstaat hat, auch wenn sein Verhalten in der Anklage stand, es gewagt, die Mitgliedschaft zu lösen. Im Vergleich zum Gründungsjahr 1944 hat sich, Folge der UNO-Kolonialisierung, die Mitgliederzahl fast verdoppelt, jener seine Abhängigkeit erlangte Staat legt als ersten außenpolitischen Akt Wert darauf, daß ihm die Tür zu den Vereinten Nationen aufgetan wurde.

Jede Organisation, die viele Mitglieder umfaßt, kann nur so stark sein, wie es die Mitglieder wollen. Häufige Kritiker werden oft auf das Unvermögen der Vereinten Nationen hin, Konflikte zu lösen; sie war und ist nicht in der Lage, ihren Satzungen überall Geltung zu verschaffen oder friedensgefährdende Krisen zu bannen. So ist es unvermeidlich, daß immer wieder auf der umfangreichen Tagendenliste alte Themen auftauchen wie der Streit um Kaschmir zwischen Indien und Pakistan, die gefährvolle Situation der israelisch-arabischen Grenze, der Krieg zwischen Nord- und Südvietnam, die Fülle der Kolonialprobleme und vor allem die Rassenfrage in Südafrika - alles Themen hochexplosiven Grades. Dennoch haben alle jene Urachen, die in der UNO nur eine Debattierschule sehen. Sie ist eben einmal das Forum, auf dem sich die Mächtigen und weniger Mächtigen dieser Erde begegnen, ihre Ansichten zu den Weltproblemen austauschen und auf diese Weise Zeugnis ablegend vor einer immer mehr zusammenwachsenden Welt. Selbst in den heißesten Stunden des Kalten Krieges schloteten die Weltmächte darauf, durch und über die UNO den Yader nicht abreißen zu lassen.

Die 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen kann besonderes Interesse beanspruchen, wird man doch von der Art, wie Amerikaner und Sowjetrussen ihren Disput vor der Weltöffentlichkeit führen, die Benutzbarkeit des Willens der Sowjetunion zu einer dauerhaften Entspannung, die über das Atomteststopp-Abkommen hinausgeht, erkennen können. Beide Weltmächte haben in der Kubakrise den Abgrund eines alle und alles vernichtenden nuklearen Krieges gesehen, und das Erschrecken darüber führte zu heilsamer Erleuchtung.

Reise in Amerika (V)

Wer wird Präsident ?

Von Fritz Sänger, MdR

Los Angeles, Sept. 1963

Keine Frage lag in dieser Stadt näher als die nach den Ansichten über die 1964 in den USA entstehende Präsidentenwahl. Aber wir haben sie nicht gestellt, sie wurde uns vorgelegt. Was meinen Sie, wen wird man hier bei uns wählen? Man wollte es vor den deutschen Besucher hören und - kein Zweifel - es war eine Fangfrage.

Denn in diesem Gespräch und in anderen vorher ist deutlich geworden, daß bei nicht wenigen ernsthaften amerikanischen Persönlichkeiten der Eindruck besteht, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Schwierigkeiten Kennedys überbetont, "zuweilen mit einem Gefühl der Befriedigung" verzeichnet werden, die sich aus der Rassenfrage und zur Zeit aus den Vorgängen in Südvietnam ergeben. Die Erfolge - und man weist besonders auf den Moskauer Atomteststopp hin - seien indessen in Deutschland weniger freundlich registriert, geschweige denn kommentiert worden.

Es braucht hier nicht dargestellt zu werden, warum ein Verhalten dumm und für die deutschen Interessen schädlich wäre, das einen solchen Eindruck rechtfertigen könnte. Was wären das für Freunde, so meditierte ein Mitglied des Kongresses zu dieser Frage, die nur ihre eigenen Angelegenheiten zum Maßstab des Geschehens machen würden. Aber es ist nicht zu uberssehen, daß es in den politischen Kreisen Befürchtungen gibt (von Mißtrauen zu sprechen, wäre zuviel), daß von Bonn her "Sympathie und Antipathie sorgfältig verteilt werden".

\* \* \*

Die Gemüter der amerikanischen Wähler beginnen sich zu erregen. Hier in der Stadt der Kongresse, in Los Angeles, hört man es eindringlicher: Kennedy oder - ja, wer? Die Frage bleibt nicht lange ohne Antwort: Senator Barry K. Goldwater. Ohne daß der Besucher ein Wort zu sagen braucht (er hätte es auch kaum getan), steht der Name dieses aktiven Mannes mit der dunklen, breiten Hornbrille zur Aussprache. Nein,

18. September 1963

wird sogleich entgegnet; er kann nicht Kandidat der Republikaner gegen den Demokraten Kennedy werden, denn seine eigenen Parteifreunde begagnen ihm mit Bedenken. "Er ist nicht nur konservativ, er ist wie man bei Ihnen sagt, rückeländig". Der Gegner Goldwaters wollte nicht "reaktionär" sagen, das sei irrig und falsch sogar.

Sie streiten um die Chance. Rockefeller scheint das Spiel, wie es in diesem Kreise von überwiegend Republikanern aussieht, nicht mehr aussichtsvoll mitzuspielen: es ist ein in seiner Person liegender Grund, er ist geschieden und wieder verheiratet. Im freien und modernen Amerika ist das für dieses höchste Amt, das das Volk vergibt, auch entscheidend. Ich gewinne aber den Eindruck, daß die Psychologen und Soziologen noch ein Wort in die Waage zu legen haben.

Die anwesenden Demokraten sitzen interessiert aber schamlos dabei. Sie haben diese Sorgen nicht, Kennedy wird kandidieren und sie meinen (und sie sind sehr sicher), er wird gewinnen, höher und eindrucksvoller als vorher.

Die politischen Erfolge, die er erzielte, geben ihnen die Gewissheit für diese Zuversicht. "Hat sich die Welt nicht eindrucksvoll beruhigt, seitdem erste Schritte für eine Zusammenarbeit getan werden konnten?" Begegnungen auf höchster Ebene mit den Sowjets, die Moskauer Verhandlungen und ihr Ergebnis, die Lösung der Kuba-Krise (keine Überheblichkeit wird spürbar!), noch laufende Kontakte, die kommende Entscheidungen offenbar befriedigend vorbereiten, das sind die Elemente des Gesamtbildes, das amerikanische Freunde, auch Gegner Kennedys zeichnen. Man hat Respekt, auch wenn man seine Politik zur Durchsetzung der Bürgerrechte und seine Finanzierung der Entwicklungshilfe und der Hilfe für Polen, Jugoslawien und andere Länder in Südosteuropa kritisiert.

Auf der anderen Seite ist die Diskussion weitergegangen und zu Goldwater und Rockefeller gesellte sich der Name Nixon. Aber er wird seltener fallen. Im amerikanischen Sinn für öffentliche Meinung gilt es viel, wenn einer ein Verlierer war. Zu hören ist auch, er sei doch gegen Goldwater nicht erfahren genug. Jedoch: aber Goldwater ist zu unbeweglich und das Stichwort "Ischierung" fällt.

Wir hörten zu. Es ist Sache des amerikanischen Volkes, die Frage nach dem Präsidenten zu beantworten, der 1964 zu wählen ist. Es ist Sache des deutschen Volkes, in redlicher Beziehung und Partnerschaft mit den USA die gemeinsame Verpflichtung für den Frieden der Welt so zu erfüllen, daß unsere deutschen Hoffnungen nicht zerschellen, daß sie sich in kluger, politischer Arbeit verwirklichen lassen, die doch nur in der Gemeinschaft der freien Welt gesichert werden können.